

Viel Ideologie, wenig Konkretes

Da nicht mehr viel Zeit bleibt bis zur Diskussion dieser Vorlage in der Synodallversammlung, muss ich mich auf die Erörterung einiger wesentlicher Punkte beschränken. Leider werden dabei nebensächlichere, aber nicht unwichtige Fragen, insbesondere formale Mängel dieser Vorlage zu kurz kommen.

In erfreulicher Weise knappen Worten legen die Teile I-III (wobei der Unterschied von II und III mir allerdings schleierhaft bleibt) die Grundprinzipien des sozialen Engagements der Kirche (als Institution und als Volk Gottes) dar, um dann, wie man vom Inhaltsverzeichnis her hofft, der "konkreten" Ausgestaltung des "sozialen Auftrags der Kirche und der Katholiken Luxemburgs" Platz zu lassen. Auf diesen Seiten fehlt eigentlich nur der Hinweis auf die notwendigerweise immer vorhandene politische Dimension des sozialen Engagements, wenn dieses nicht bei Oberflächenproblemen stehenbleiben, sondern die Ursachen sozialer Missstände aufdecken und dort zu ihrer Beseitigung ansetzen will (vgl. LS4 der Vorlage "Glaube und Politik"). Denn "gesellschaftskritische und politische Impulse zur Verbesserung der Strukturen" zu geben, wie es etwas versteckt in LS 36 (S.28) heisst, soll ja wohl nicht nur Aufgabe der diözesanen Caritasstellen sein. Andererseits würde ich es auch begrüßen, im 1. Teil einen Hinweis auf die Transzendenz, auf die eschatologische Dimension zu lesen, die in den Augen des Christen jedem menschlichen Tun innewohnt. Denn dadurch würde klar, dass in den Augen des Christen jede Verbesserung - auch die Erfüllung aller in der Vorlage genannten Forderungen - immer nur relativ, vorläufig sein kann, da die absolute Gerechtigkeit Geschenk Gottes sein wird, der wir mit unserm Engagement nur nahe kommen können, was uns zu immer neuem Tun herausfordert. Die Grenzen einer Vorlage wie dieser würden deutlich.

Wer nun in den Teilen IV und V konkrete Vorschläge zu aktuellen Sozialproblemen erwartet, wird leider enttäuscht. Die beiden Teile, insbesondere die sog. "Erklärungen zum Migrationsproblem, über Eigentum und Besitz, über Probleme in der Wirtschafts- und Arbeitswelt und zu einigen Sozialproblemen unserer Gesellschaft" sind eher Themenkataloge denn entschiedene Stellungnahmen mit konkreten Lösungsvorschlägen. Einerseits hängt das sicher daran, dass diese Vorlage wohl hauptsächlich eine Ein-Mann-Arbeit des unermüdlichen Präsidenten der KO 7 darstellt, der unsere unbedingte Anerkennung verdient. Aber dadurch, dass diese Teile viele schöne Phrasen enthalten, sind sie auch ungemein ideologieträchtig, was z.T. auch einer unkritischen Übernahme bestimmter Aussagen der katholischen Soziallehre zuzuschreiben ist. An einigen Beispielen soll das Gesagte nachgewiesen werden.

Schon im Teil III, LS 11 heisst es: "Forderungen der Gerechtigkeit sind: a) in der Ordnung der Sachen und Güter: jedem das ihm Zukommende zu geben (...)" (S.8) Wer bestimmt, was und wieviel jedem zukommt? In der "Situationsanalyse" (Anlage II) - die streckenweise besser ist als jene der KO 8, weil sie grössere Zusammenhänge sieht! - heisst es diesbezüglich recht deutlich: "Die Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft (...) Im Wirtschaftlichen (im Politischen nicht?) liegt die Entscheidungsbefugnis in den Händen eines zu kleinen Kreises von Verantwortlichen" (S.40) Noch genauer: "Der Anteil der selbständig Schaffenden insgesamt, also einschliesslich der Bauern und Winzer, verringert sich ständig und beträgt kaum noch 16 Prozent", was wohl nicht nur auf den Mangel an Initiativ- und Risikofreudigkeit, sondern auch auf die sich ständig erschwerenden Schaffensbedingungen, denen sich diese Bevölkerungskategorien gegenübergestellt sehen, zurückzuführen ist" (S.41). Um dieser Kapitalkonzentration entgegenzuwirken, hatte die KO 8 allgemein eine Demokratisierung der Wirtschaft gefordert (vgl. ihren LS 6). Wie sie den "Forderungen der Gerechtigkeit" angesichts der beschriebenen Situation gerecht werden will, sagt die KO 7 uns leider auch nicht. Und doch hat sie, fast dem "Manifest für die Luxemburger JOC" folgend, erkannt, dass "ein beachtlicher Teil der Kapitalbildung heute durch akkumulierte Selbstfinanzierung der Unternehmer erfolgt, ohne dass dabei Mitarbeiter einen ihrem Zutun entsprechenden Teil am Eigentum der entstehenden Vermögenswerte erhielten" (S.17). Zwar wird dann ein "Miteigentum am Produktionskapital" verlangt "zu einer gerechteren Verteilung der Vermögen", aber wie das geschehen soll, wird nicht gesagt. Überhaupt wird obiger Zitate zum Trotz das Wesen des Kapitals nicht durchschaut. "Die wirtschaftliche Produktion beruht wesentlich auf der Zusammenarbeit (...) der eigentlichen Produktionsfaktoren Arbeit, unternehmerische Tätigkeit (Management) und Kapital (...)" (ebd.) Die drei Faktoren scheinen also zu gleichen Teilen am "erwirtschafteten Ergebnis" beteiligt. Konsequenterweise wird dann eine "möglichst gleichgewichtige Mitbestimmung" verlangt, was wohl Drittelparität von Arbeitern, Managern und Kapitalgebern bedeutet. Was das Kapital ist,

Antimenschlich

Antimenschlich ist jede Wirtschaftsordnung, die den Profit zum beherrschenden oder gar einzigen Anliegen erhebt. Unzulänglich und antimenschlich ist auch die Wirtschaftsordnung, die zwar dem Augenschein nach den Gewinn in den Dienst der Menschen stellt, ihn aber in der Tat nur privilegierten Gruppen zukommen lässt, die bewusst oder unbewusst nach

in: P.-F., S. 10-76

wie vor Tausende und Millionen von Menschen unterdrücken.

Antimenschlich ist jede Wirtschaftsordnung, die von dem Prinzip ausgeht, das Volk sei eben zu nichts fähig, und die deshalb von oben entwickelt und der Menschheit aufgezwungen wird, da diese ja nicht in der Lage sei, zu denken, zu reden und ihre Gesichtspunkte darzustellen und zu verteidigen.

Helder Camara

wo es herkommt, wird überhaupt nicht gefragt. Dabei wissen wir doch spätestens seit Karl Marx (vom Katholiken Franz von Baader nicht zu reden), dass Kapital nur akkumulierte, z.T. gar zusammengebaute (vgl. heute noch Dritte Welt!) Arbeit ist.²⁾

Dies hängt aber letzten Endes auch an der unkritischen Übernahme des Eigentumsbegriffes der kath. Soziallehre: Prinzipiell heisst es: "Gott hat die Erde, mit allem was sie enthält, zum Nutzen aller Menschen und Völker bestimmt. - Jedem steht das Recht zu, einen für sich selbst und seine Familie ausreichenden Anteil an den Erdengütern zu haben" (S.14) Aber dann folgt, dem Denkfehler der kath. Soziallehre seit Leo XIII getreu, dass dieses Recht anscheinend nur als Recht auf Privateigentum möglich ist: das ist ein logischer Trugschluss³⁾. Warum wäre das Recht auf einen ausreichenden Anteil an den Erdengütern nicht auch als Recht auf Gebrauch gemeinsamen Eigentums möglich? Dass das Privateigentum zu ungeheuerlichen Missständen geführt hat (etwa bei der Interpretation des "unbedingt nötigen Raums für eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens"), so dass grosse Teile der Menschheit gänzlich vom Recht auf Eigentum ausgeschlossen wurden und bleiben, kann wohl auch die KO 7 nicht leugnen, denn, der kath. Soziallehre folgend, weist

sie nun auf die *Sozialfunktion* des Eigentums hin. Aber im Vorlagetext scheint sie als Punkt b) nur eine *Nebenfunktion* zu sein. Die Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz meinte hingegen in einem (an anderer Stelle dieser "forum"-Nummer ausführlicher zur Sprache kommenden) Dokument zur Bodenspekulation: "(...) le 'droit de propriété', dans l'enseignement de l'Eglise, est toujours affecté d'une dimension sociale. Mieux, il doit s'entendre à l'intérieur et sous la dépendance du droit plus fondamental de l'accession de tous aux biens de la terre." (Doc. cath. N°1645/1974, p.31, note 9). Die Vorlage der KO 7 spricht zwar, an "Mater und Magistra" (Parag. 114-115) anschliessend, auch von einer der "grundlegenden Gleichheit aller Menschen"entsprechenden "gerechten Streuung des Besitzes an materiellen Gütern" (S.15), aber wie das geschehen soll, was "gerecht" konkret bedeutet, darüber herrscht wieder Stillschweigen. Genauso allgemein wird ein "familiengerechtes Eigenheim als ein erstrebenswertes Ziel" hingestellt, werden Massnahmen des Staates zur Förderung von dessen Anschaffung gefordert, ebenso Massnahmen gegen die Bodenspekulation (S.16), aber konkret sieht das nicht aus. Zumindest im letzten Punkt waren die frz. Bischöfe - durchaus noch der kath. Soziallehre treu - weit genauer. Warum nicht sagen, dass diese schönen Worte wohl nur in die Tat umgesetzt werden können, wenn jeder nur soviel "Verfügungsmacht über äussere Güter" hat, wie er zum "unbedingt nötigen Raum für eine eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens des einzelnen und seiner Familie" braucht, dass der zitierte Satz aus Gaudium et Spes also ein Maximum darstellt, nicht ein Minimum? Warum soll einer ein paar Wohnungen besitzen dürfen und andere keine?

Man mag diesen Ausführungen, die durchaus auch auf dem Boden der kath. Soziallehre bestehen könnten, einseitige politische Ausrichtung vorwerfen. Das mag sein. Sie sind es aber im selben Grad wie die Ausführungen der KO 7 in ihrer Vorlage. Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaftsordnung sind unweigerlich politisch. Dies leugnen zu wollen (wie die KO 7 versucht), entspringt ideologischer Voreingenommenheit.

Eine ähnliche ideologische Verkürzung zeigt sich im 5. Teil bei den Ausführungen über die Entwicklungsproblematik. Dass es zwischen der *Ausnutzung des Bodenreichtums der Kolonien* und der *ungenügenden Sorge der Industrieländer für deren wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung* einen Kausalzusammenhang gibt, merkt die KO 7 nicht. (S.20) Dass die *nichtindustrialisierte Welt immer ärmer wird*, wird in der Vorlage selbst ganz vergessen und in der "Situationsanalyse" als *Schein?* hingestellt (S.40). Und doch müsste ein Hauptakzent der so notwendigen Bildungsarbeit (vgl. LS 25 und Empfehlung 9) gerade im Aufzeigen dieser Akzente liegen. In diesem Zusammenhang ist auch das Fehlen eines Hinweises auf die Verantwortung der kath. Presse bei der so oft in der Vorlage zu Recht betonten Bildungsarbeit zu bedauern. Im Falle der Entwicklungspolitik genügt es nicht, "allen Interessierten Informations- und Studienmaterial zur Verfügung zu stellen" (S.24)⁴, sondern alle Informationen und Stellungnahmen zur (Welt-)wirtschaft (in der Presse) müssten getragen sein von der Sorge für "Änderungen in den Wirtschafts- und Sozialstrukturen, für die Schaffung gerechter Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern (S.21). Ein zusätzlicher Appell an unsere Politiker (christlicher Provenienz oder nicht), auf eine schnelle Verwirklichung der UNO-Charta über die wirtschaftlichen Rechte der unterentwickelten Staaten zu drängen, wäre hier sicher nicht fehl am Platz. Die ideologische Ausrichtung der Vorlage auf die Interessen des Privateigentums wirkt umso schlimmer als die kritische Basis in der Kirche anscheinend wächst. Immerhin 29,8% der Katholiken beanstandeten bei der, in der Vorlage zitierten, Synodenumfrage von 1970, dass die "Kirche zu sehr auf der Seite der Reichen und der Mächtigen stehe, bei den Altersgruppen 16-54 Jahren lag der Prozentsatz z.T. weit über 30%.

Der Mangel an Konkretheit gilt auch für das Kapitel über Friedensarbeit - obschon der Vatikan selbst viel Genaueres zum Thema Abrüstung hat verlauten lassen (vgl. "forum" 12/77) - und gar z. T. für die Ausführungen zum Migrationsproblem. Da ich diese aber der UNIAO zum Kommentar überlasse, nur einige Fragen formaler Art: Warum diese Ausführungen, nachdem eine eigene diözesane Arbeitsgruppe schon 1976 dazu ein gutes Papier veröffentlicht hatte? Eine neue Stellungnahme wäre nur durch konkretere Forderungen zu rechtfertigen: z.B. Schaffung französisch-sprachiger

Klassen in allen Unterrichtstypen, Abschaffung des jede Willkür zulassenden Ausländergesetzes vom 28.3.1972, Zuerkennung der politischen Rechte an die Gastarbeiter (vgl. Ausführungen von S. Kollwelter auf der 12. Synodenversammlung und LW, 12.2.1977), u.a.m. Warum schliesslich die saftlose zusammenfassende "Erklärung" in Teil IV der Vorlage, während die Anlage III weitaus konkreter ist?

Schliessen möchte ich mit einer persönlichen Genugtuung: Seite 40 heisst es "die Zivilisationsgesellschaft der westlichen Welt (werde) beherrscht von der Wirtschaft (die zum grossen Teil kapitalistisch ist) und deren Wachstum (...)" . Das behauptet zu haben, insbesondere auf eine faktische Vormachtstellung der Wirtschaft über die Politik hingewiesen zu haben in "forum" N^o 8/76, hatte mir den Zorn und das Unverständnis der KO 8 zugezogen. Hoffentlich ergeht es der KO 7 besser.

m.p.

- 1) 1975 lag der Anteil der Selbständigen (inkl. im eigenen Betrieb beschäftigter Familienangehöriger) bei 14,8%. Tendenz fallend. m.p.
- 2) vgl. Diskussion um das "Manifest für die Luxemburger JOC" in "forum" Nr.6,7,9 1976
- 3) vgl. F.J. Hinkelammert, Die Radikalisierung der Christdemokraten, Berlin 1976, S.30
- 4) (siehe S.3) Wie wenig wirksam das ist, zeigt die Erfahrung der AFC (warum fehlt sie in der Empfehlung 13?) bei Gelegenheit ihrer Solidaritätswoche im Oktober 1976: Mit einer Ausnahme hatte keine Zeitung (auch keine kath.) von der ihr geschenkten Pressemappe Gebrauch gemacht.